

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feiertunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
 Monatlich einschließlich Trägerlohn A 1.80
 Einzelnummer 10 S
Erscheint an jedem Werktag
 Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
 Schriftleitung, Druck u. Verlag von E. W. Saller (Karl Saller) Nagold



Anzeigenpreise:
 Die einspaltige Stelle aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S
 Reklame-Stelle 45 S, Sammelanzeigen 50%, Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Verlagsadresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5118

Nr. 259

Gegründet 1827

Samstag, den 5. November 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

Tagespiegel

Dr. Strejmann hat dem polnischen Gesandten Olszewski namens der Reichsregierung mitgeteilt, die Reichsregierung lege Wert darauf, daß die Handelsvertragsverhandlungen bald wieder in Fluß kommen.

Der polnische Landtag (Sejm) ist wieder zwangsweise vertagt worden.

Wegen des Lohnstreiks sind die Eisenbahnen der tschechoslowakischen Staatsbahn in den „passiven Widerstand“ eingetreten.

Die britische Admiralität hat 9 Zerstörer und 6 Tauchboote in Bau gegeben.

Die englische Polizei ist einer Verschwörung auf die Spur gekommen, die auch in anderen Teilen Indiens bereits Fuß gefaßt haben soll.

Die Zehnjahrfeier in Sowjetrußland

Geschenke des Staats

Am 6. und 7. November feiert man in Sowjetrußland das 10jährige Jubiläum der Oktoberrevolution. Ein ganzes Jahr lang wurden die Vorbereitungen getroffen. Die Leitung der Festlichkeiten liegt in der Hand eines Ausschusses, der dem Hauptvollzugsausschuß, also dem eigentlichen Regierungsausschuß des Räteparlaments angegliedert ist. Die Feier ist also zunächst eine Staatsfeier; die Versammlung der Partei findet erst am 1. Dezember statt. Der Staat ist nach räuberischer Auffassung, wie Stalin es kürzlich bestätigt hat, nur das Werkzeug der Partei. Schon am 18. Oktober ist das „Manifest“ veröffentlicht worden, das den Höhepunkt des Festes bilden soll.

Dieses Manifest stellt als Geschenk an die Industriearbeiter den siebenstündigen Arbeitstag ohne Lohnverminderung — der Lohn ist bekanntlich in Rußland bedeutend niedriger als in Deutschland — in Aussicht, außerdem einen Staatsbeitrag von 50 Millionen Rubel (etwa 100 Mill. Mark) zum Bau von Arbeiterwohnungen. Für die arme Bauernschaft wird ein Steuererlaß und Streichung von Schulden aus der letzten Missernte versprochen, sowie ein Betrag von 10 Mill. Rubel für die Versorgung aller armen Bauern mit Land auf Staatskosten. Alte Leute sollen eine Pension erhalten. Endlich soll die Todesstrafe abgeschafft werden, außer für Fälle, die den Staat oder das Militär berühren, und für Raubüberfälle.

Der genannte Steuererlaß und die Schuldenstreichung werden sich zweifellos, wenn sie ausgeführt werden, als wohltätig erweisen. Dagegen ist die versprochene „Landverforgung“ doch wohl nur auf Stimmungsmache berechnet. Was soll ein Betrag von 10 Mill. Rubel für Landverforgung „aller armen Bauern“ und für Alterspensionen ausrichten? Die ausgeworfene Summe ist ein Tropfen im Meer gegenüber der ungeheuren Aufgabe der Versorgung des ländlichen Proletariats in Rußland mit Land — der eigentlichen „russischen Frage“. Die Industriearbeiterzahl zählt etwa 2 Millionen. Aber auch hier klagt die amtliche Gewerkschaftszeitung „Trud“ täglich über die ganz ungenügende Versorgung der Erwerbslosen, die gewöhnlich 60 bis 90 Kopfen im Tag an öffentlichen Arbeiten verdienen oder eine Monatsunterstützung von 15 Rubel (30 M) erhalten. Welche Summen müßten aufgebracht werden, um der etwa 110 Millionen Köpfe betragenden bäuerlichen Bevölkerung eine Altersversorgung durch Staatspension zu gewähren? Das Bestreben, die dem Sowjetstaat feindlich gegenüberstehende Bauernschaft durch derartige Versprechungen zu gewinnen, könnte sich in Zukunft schwer rächen, wenn späterhin die unvermeidlichen Enttäuschungen eintreten.

Ob die Sowjetregierung in der Lage sein wird, den Siebenstundentag für die Industriearbeiter durchzuführen, muß ebenfalls als mindestens sehr zweifelhaft bezeichnet werden. Die Sowjetunion hat bisher den Grundsatz vertreten, daß jeder Lohnsteigerung und jeder Arbeitszeitverkürzung wachsende Arbeitsleistungen vorangehen müssen. Nach dem amtlichen Wirtschaftsblatt „Ekonomicheskaja Schizn“ ist aber die Arbeitsleistung seit 1913 sehr gesunken. In dem größten Metallwerk des Südens auf den Namen Behowskij sei die Arbeiterzahl 75 v. H. als 1913, die Warenerzeugung sei aber trotzdem zurückgegangen. Die Stundenleistung betrage nur noch 66,3 v. H., die Tagesleistung 45,5 v. H. gegenüber dem Jahr 1913. Und der Staatskommissar Bucharin hat vor etwa 12 Tagen selbst in einer Rede bekanntgegeben, daß „in der Sowjetunion unglaublich schlecht und langsam gearbeitet“ werde.

Eine ständige Sorge machen der Sowjetregierung die „Besprisonnje“, die vagabundierenden Kinderfrotzche, deren Zahl zwar nur noch vielleicht ein Viertel der früheren beträgt, aber immerhin sind es noch etwa 150 000. Sie sind der Schrecken des Landes, denn sie sind allgemach auch herangewachsen und verstehen mit Dolch und Revolver wohl umzugehen. Sie sind das Erzeugnis der sinnlosen Auflösung aller Ehe- und Familienbände in den ersten Jahren der Revolution. Die Sowjetregierung hat daher in letzter

Die Richtlinien für Auslandskredite

Berlin, 4. Nov. Die im Einvernehmen zwischen Reich, Reichsbank und Ländern aufgestellten Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände haben folgenden Inhalt:

Die Länder verpflichten sich gegenseitig, vorläufig auf zwei Jahre nachfolgende Richtlinien einzuhalten: Die Kredite werden aufgenommen in Form von langfristigen Anleihen, kurzfristigen Krediten der Länder und kurzfristigen Auslandskrediten der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die von der Beratungsstelle festzusetzende jährliche Höchstbelastung darf nicht überschritten werden. Die aufzunehmenden Auslandskredite müssen für eigene Zwecke des Kreditnehmenden oder eines bestimmten öffentlichen Verbands bestimmt sein. Sie müssen unmittelbar produktiven Zwecken dienen. Die Anlagen müssen in dem Sinn dringlich sein, daß die geplanten Ausgaben nicht zurückgestellt werden können. Die Bedingungen dürfen keine speziellen Pfänder irgendwelcher Art vorsehen, ebenso keine Verbindung mit anderen Geschäften, wie z. B. Verkäufen von Erzeugnissen aus staatlichen Unternehmen.

Die Länder sind berechtigt, die geplante Kreditaufnahme vor der Beratungsstelle mündlich zu vertreten. Die Beratungsstelle ist ein aus Sachverständigen bestehender Vertrauensauschuß der Länder. Er setzt sich aus einem vom Reichsminister der Finanzen, einem vom Reichswirtschaftsminister und einem vom Reichsbankdirektorium zu bestellenden Sachverständigen, sowie aus drei von den Ländern bestellten Sachverständigen zusammen. Wird ein Antrag auf Befürwortung eines Anleihevorhabens gegen die Stimme eines der drei ersten Sachverständigen angenommen, so kann der in der Minderheit gebliebene Sachverständige in der Sitzung eine nochmalige Beratung des Antrags verlangen. Ein solches Verlangen kann auch der Vertreter des das Gutachten eingeholenden Landes stellen.

Die Befürwortung eines Anleihevorhabens gilt erst als erfolgt, wenn die Geschäftsführung dem das Gutachten eingeholenden Land eine entsprechende Mitteilung gemacht hat. Die Höchstsätze für die Belastung durch den Kredit werden von den ständigen Mitgliedern der Beratungsstelle selbständig festgesetzt. Die Beratungsstelle hat ferner die Aufgabe, den ausländischen Kapitalmarkt zu beobachten. Die Länder sind verpflichtet, die Beratungsstelle laufend über ihre Erfahrungen zu unterrichten.

Zeit die ursprüngliche beabsichtigte reine „Staatserziehung“ wieder eingeschränkt und erlaubt, daß Waisen- und Findelkinder wieder, Einzelpersonen zu eigen abgegeben werden dürfen. Es ist dies eine erste, allerdings noch jaghaft bescheidene Wiederanerkennung des Werts der Familie, die rechtlich vorläufig noch alles Schukes durch den Staat beraubt ist.

Neueste Nachrichten

Reichsverwaltungsgericht

Berlin, 4. Nov. Nach einer Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung soll das bisherige preussische Oberverwaltungsgericht zu einem Reichsverwaltungsgericht ausgebaut werden. Der Reichsminister des Innern wird einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

Brittwitz zum Botschafter ernannt

Berlin, 4. Nov. Wie wir bereits gestern meldeten, hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag Wilhelm v. Brittwitz und Gaffron zum Botschafter in Washington ernannt, nachdem von dort amtlich gemeldet war, daß die Persönlichkeit angenehm sei.

Brittwitz entstammt einer schlesischen Adelsfamilie. Er ist am 1. Sept. 1884 in Stuttgart geboren als Sohn des Obersten Max v. Brittwitz und Gaffron und der geb. Freiin Schott v. Schottenstein, Tochter des ehemaligen württ. Kriegsministers. Sein Großvater war der General v. Brittwitz, der den Bau der Festungen Ulm und Raftatt und die Wiederherstellung der Burg Hohenzollern leitete. Nach der Revolution 1918 beteiligte sich Brittwitz an der Gründung des sogenannten „Novemberklubs“, eines kleinen Kreises von Adeligen usw., die auf die Seite der Republik traten. Im diplomatischen Dienst war er schon vor dem Krieg als Legationssekretär in Washington und Petersburg verwendet.

Schwäche des Kabinetts Poincaré

Paris, 4. Nov. Die gestrige erste Sitzung der Kammer war bezeichnend dafür, wie schwach sich das Kabinett Poincaré nach dem Abbruch der Sozialradikalen Partei fühlt. Die Kommunisten hatten einen Antrag eingebracht, den Abg. Cachin und drei andere zu Gefängnis verurteilte Kommunisten freizulassen. Justizminister Barthou erklärte, die Begnadigung würde eine ernste Gefahr für die nationale Sicherheit sein, die Regierung sei entschieden dagegen. Die Regierung wagle aber nicht, den Antrag zur Vertrauensfrage zu machen. Der kommunistische Antrag wurde mit 264 gegen 221 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten die Kommunisten, die Sozialisten und die Sozialradikalen (Linksdemokraten).

Die komm. Abgg. Doriot, Cachin, Marty und Duclos sind auf Grund des Kammerbeschlusses aus der Haft entlassen worden.

Franklin Bouillon gründet eine neue Partei

Paris, 4. Nov. Der vom Parteitag der Sozialradikalen verleugnete Abg. Franklin Bouillon, einer der eifrigsten Parteigänger Poincarés, ist aus der Partei ausgetreten und hat eine neue Partei der „Radikal-Unionisten“ gegründet, die für die Politik Poincarés eintreten soll und die Räumung des Rheinlands, sowie den Anschluß Österreichs an Deutschland ablehnt. Franklin Bouillon behauptet in seinem — offenbar von Poincaré diktierten — Aufruf, die Räumung und der Anschluß würden sicher vor Ablauf von zehn Jahren einen neuen Krieg bringen.

Keine Menschenrechte, sondern Nationsrechte im neuen Italien

Mailand, 4. Nov. Bei der Fünfjahrfeier des Faschismus nach Rom hielt der Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußern, Grandi, auf dem Domplatz in Mailand eine Rede. Er erklärte, Italien glaube an keine Freundschaft mehr. Das neue Italien zeige den Fremden zuerst seine Fabriken und erst nachher Denkmäler und Kirchen. Es verurteile die Menschenrechte und Menschenheitsrechte und verkünde die Rechte der Nation und des Staats. Nicht Literaten, sondern Soldaten, nicht Philosophen, sondern Seelenknechte, nicht Rechtsanwälte, sondern Bauern werden begehrt. Von der Vorhebung verlange Italien nur eines, daß Mussolini lange am Leben bleiben möge.

Das Geburtshaus Crispis wurde zum Nationaldenkmal erhoben. — Der früh. ital. Staatslenker Crispi, ein Verehrer Bismarcks, hat bekanntlich die gegen Frankreich gerichtete Politik der Ausdehnung italienischer Macht am Mittelmeer begründet. Unter ihm trat Italien dem Bündnis Deutschlands und Österreichs im Dreibund bei, den die spätere liberaldemokratische Regierung so schmachlich vertrat hat.

Württemberg

Stuttgart, 4. November.

Besuch des Wehrkreiscommandeurs beim Landtagspräsidenten. Der Kommandeur der 5. Reichswehrdivision, Generalleutnant Reinicke, hat in Begleitung seines Adjutanten, Hauptmann Geiter, kurz vor Beginn der heutigen Landtagsitzung dem Landtagspräsidenten seine Aufwartung gemacht. Die Herren wurden von Präsident Körner und Vizepräsident Pfleger empfangen. Generalleutnant Reinicke wohnte anschließend eine Zeitlang auch den Landtagsverhandlungen bei.

Arztjubiläum. Am 20. Oktober 1927 hat der Chefarzt der inneren Abteilung der Olgaheilanstalt, Geheimrat Sanitätsrat Dr. Fischer, auf eine 25jährige Dienstzeit als ärztlicher Leiter dieser Abteilung zurückblicken können. Während dieser Zeit sind an der ihm unterstellten Abteilung rund 36 000 Personen an 1 363 515 Verpflegungstagen behandelt und versorgt worden. Die Olgaheilanstalt, die einzige umfangreichere Kinderheilanstalt des Landes, hat in der ihm unterstellten Abteilung jederzeit ihr Bestes ausgeben.

Straßenbahn zur Gerokstraße. Die Linie 10 der Stuttgarter Straßenbahn hatte in den letzten Monaten eine Schienenverlängerung bis zur Gerokstraße erhalten. Die Betriebseröffnung erfolgt am 5. November. Es wird damit erneut ein Höhenpunkt der Stadt erreicht, der Ausgangspunkt für schöne Spaziergänge und Ausflüge ist. Die Bahn soll später nach Degerloch fortgesetzt werden.

Stuttgarter Pfandleihanstalt A.-G. Seit 1. März d. J. hat die Stuttgarter Pfandleihanstalt A.-G. Darlehen in Höhe von 320 000 M an Kreditfuchende gegen Pfand in rd. 17 000 Einzelbeträgen abgegeben. In den Lagerräumen befinden sich zurzeit rund 10 000 Pfänder, die mit 132 000 M beliehen sind. Der größte Teil derselben besteht in Gold-, Silber- und Schmuckwaren.

Waiblingen a. F. 4. Nov. Verlängerung der Straßenbahn in Waiblingen. An der Endstelle der Linie 1 in Waiblingen sind Straßenbauarbeiten zur Verlängerung der Gleise in Angriff genommen worden. Die Straßenbahn wird demnach an den Leichtschen Brauereien vorbei um einige Hundert Schritte weiter in den Ort hineingeführt.

Rede des Staatspräsidenten

Wahlparole: Berliner Einheitsstaat oder württembergische Eigenstaatlichkeit?

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 4. November.

Die Aussprache zum Haushaltsplan 1928 wurde heute im Landtag fortgesetzt. Abg. Scheff (Dem.) bemängelte, daß der Plan zu früh vorgelegt worden sei. Von den großen Plänen des Staatspräsidenten sei nichts verwirklicht. Die Regierung habe nichts getan, um den republikanischen Verfassungsgeboten zu stärken. Seine Partei wolle den konfessionellen Religionsunterricht, aber keine konfessionelle Schule. In wirtschaftlichen Fragen sei die Regierung einseitig eingestellt. Die Gewerbesteuer belaste zu stark die kleinen Handwerker. Der Einheitsstaat lasse sich nicht aufhalten. Notwendig sei, daß die Parteien zu ihren Wahlversprechen stehen. Das Proportionalwahlrecht dürfe nicht abgeschafft werden. Man könne höchstens die Möglichkeit des Kumulierens erweitern.

Staatspräsident Bazille

weist den Vorwurf zurück, daß die Regierung „abgewirtschaftet“ habe. Württemberg habe unstrittig die besten Finanzen von allen deutschen Ländern und die geringste Arbeitslosigkeit. Der Ausbau der Nord-Süd sei zum großen Nummer von Bayern und Baden gesichert, sorgfältig ausgearbeitete Gesetze seien dem Landtag vorgelegt und der Vertrag mit dem Herzogshaus in einer beide Teile befriedigenden Weise geregelt worden. Man habe den Ausbau der Universität begonnen. Mit der Stadt Stuttgart schweben Verhandlungen über die zweckmäßige Verteilung der öffentlichen Gebäude und Plätze zwischen Staat und Stadt, um Ersparnisse in der Verwaltung zu erzielen. Eine Denkschrift hierüber werde nach diesem Landtag zugehen. Der Staats-

präsident bezeichnete es als falsch, daß er in das gerichtliche Verfahren gegen Mitglieder der Stuttgarter Handwerkskammer habe eingreifen wollen. Ohne Minderung der Arbeitsstätten der Behörden in Stuttgart sei jede Verwaltungsvereinfachung unmöglich. Der Plan der Erbauung einer „Behördenkaserne“ liege ihm fern, aber einige Behörden müßten räumlich zusammengelegt werden. In der Frage der Oberamtsaufteilung sei keine Fraktion einig. Die Kosten des Reichsschulgesetzes seien heute noch unübersehbar. In allen wichtigen Fragen habe das Volk Gelegenheit mitzureden, das sei wahre Demokratie, trotzdem lasse es die Regierung an Führung nicht fehlen. In der Frage der Zerstückelung der Länder bestehe eine Einheitsfront von den Kommunisten bis zur Deutschen Volkspartei, dagegen werde der Wahlkampf geführt werden. Durch die Beseitigung der Länder würde fast gar nichts gespart, nur Süddeutschland ganz ins Hintertreffen kommen. Durch die Zusammenlegung von Württemberg, Baden und der Pfalz zu einem Landesarbeitsbezirk würde die württ. Wirtschaft mit 6 bis 7 Millionen Mark mehr belastet, als wenn Württemberg für sich allein ein Landesarbeitsamt hätte. Das Reich komme nicht einmal seinen finanziellen Verpflichtungen gegen die Länder nach. In wenigen Wochen habe der Reichstag die Reichsausgaben um 600 Mill. M. erhöht, ohne nach Deckung zu fragen. In diesem Absolutismus des Reichstags liege die Wurzel aller Uebel, nicht in der Existenz der Länder. Am meisten sparen die Länder, am wenigsten das Reich und die großen Städte. Im Wahlkampf werde zum Angriff gegen die Opposition übergegangen und der Kampf in der besten Hoffnung und Zuversicht geführt werden.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Rath (Dp.), der sich u. a. gegen das Reichsschulgesetz wandte, wurde die Weiterberatung auf Samstag vertagt.

Nehren M. Tübingen, 4. Nov. Berirrter Auerbach. Am Mittwochabend wurde in einem Gemüsegarten beim Gasthaus zum Löwen von Kindern ein großer, fremdartiger Vogel entdeckt. Der herbeigerufene Jagdpächter Gottlieb Fauser stellte fest, daß es ein Auerhahn sei. Das sehr ermattete Tier ließ sich leicht fangen, verendete aber nach kurzer Zeit. Wie dieser seltene Vogel in unsere Gegend kam, ist noch nicht aufgeklärt. Vielleicht wurde er bei einer Treibjagd im Nammert oder im Schönbuch angeschossen oder sonstwie aus seinem Revier verjagt. Es handelt sich um ein junges, kräftiges Exemplar.

ep. Schorndorf, 4. Nov. Die Schorndorfer Evang. Kirchengemeinde begeht am Sonntag, 6. Nov., festlich das Andenken an die Grundsteinlegung ihrer Kirche vor 450 Jahren. Wie die Festschrift des Schorndorfer Dipl.-Ing. Rösler mitteilt, wurde der Grundstein der prächtigen Kirche „zu unserer lieben Frau“, die ein Kleinod schwäbischer Heimatkunde bildet, im Jahr 1477 gelegt. Der prachtvolle Chor ist wahrscheinlich 1501 zur Vollendung gekommen. Der Kirchenraum wird unter den großen kirchlichen Bauwerken des 15. Jahrhunderts an Größe nur von der Tübinger und Stuttgarter Stiftskirche und der Heiligkreuzkirche zu Rottweil übertroffen. Während des 30jährigen Kriegs wurde die Kirche zerstört; nur der schöne Chor blieb einigermaßen erhalten. Das köstlichste Denkmal aus der Zeit des Wiederaufbaus im 17. Jahrhundert ist der überaus reiche Barockaltar des Schorndorfer Schreinermeisters Christian Ungerbühl. Die Kirchengemeinde will ihr Jubiläum dazu benutzen, kräftig für den Gedanken eines Gemeindehausbaus zu werben, der dringend notwendig geworden ist.

Gmünd, 4. Nov. Todesfall. Gewerbeschulrat Hugo Müller ist gestern Abend auf einem Spaziergang von einem tödlichen Gehirnschlag betroffen worden.

Kleinengstingen, M. Reutlingen, 14. Nov. Mächtiger Ueberfall. Am Montag war ein hiesiger Landwirt nachts mit einer Fuhre Schlagschweine nach Linz unterwegs. In der Honauer Steige an der Straßenkreuzung nach Kenkingen wurde der Fuhrmann plötzlich von einer Mannsperre, die auf den Wagen sprang, angefallen. Der Leiter des Fuhrwerks hatte die Geistesgegenwart, gegen den Angreifer mit dem Peitschenstock zu schlagen, so daß dieser rücklings wieder vom Wagen fiel. Das Pferd scheute und raste mit dem Fuhrwerk davon. Ein ähnlicher Fall soll neulich auch einem Weidelsleiter Bürger passiert sein, der mit einem Weinwagen nachts auf dem Nachhauseweg war.

Nedarjalm, 4. Nov. Flugzeugabsturz. Gestern nachmittags 1½ bei der Engelbachmühle das mit einem Flugpiloten besetzte Kleinflugzeug D 1161 der Luftwaffe Böblingen abgestürzt, ohne daß der Pilot verletzt wurde. Derselbe machte seinen ersten Ueberlandsflug und hatte dabei die Orientierung vollkommen verloren. Das Flugzeug wurde schwer beschädigt mittels Auto nach Böblingen geschafft.

Ludwigsburg, 4. Nov. Gasversorgung. Der Gemeinderat beschloß, die Gasversorgung Nedarweihingen durchzuführen, und zwar unter Uebernahme der Kosten des Ortsleitungsnetzes auf die Stadt.

Winnenden, 4. Nov. Wahl. Obersekretär W. Frant von hier ist zum Stadtpfleger in Weikersheim M. Mergentheim gewählt worden.

Bietigheim, 4. Nov. Aus dem Zug gestürzt. Die erst kürzlich von hier ins Badische verzogene Familie Segebrecht ist durch einen Unfall rasch in großes Leid versetzt worden. Auf der Heimfahrt von Miltenberg nach Waldmühlbach wurde Frau Segebrecht unglücklich und wollte im Zug ein Klosett aufsuchen. Als sie nach einiger Zeit nicht zurückkam, sah ihr Mann nach ihr, konnte sie jedoch nirgends finden. Man fand dann die Bedauernswerte auf dem Bahngleis zwischen Weilbach und Amorbach mit schweren Verletzungen auf. Beim Ueberstiegen der Plattform hat die Unglückliche infolge einer Schwächenanwandlung das Gleichgewicht verloren, stürzte hinunter und wurde ungefähr 70 Meter weit geschleift. Ein Arm wurde herausgerissen, der Riese gequetscht und außerdem hat sie noch Fehen und Ferse verloren. Die Schwerverletzte befindet sich im Spital in Amorbach.

Tübingen, 4. Nov. 80. Geburtstag. Gestern feierte hier Oberfinanzrat a. D. Karl Seeger im Kreise seiner Angehörigen den 80. Geburtstag. Am Vorabend des Festtags brachte der Singchor des evang. Volksbunds dem Jubilar ein Ständchen.

Aus Stadt und Land

Nagold, 5. November 1927.

Der Schmerz über uns, sich immer mehr verfeinert, ist der gute Führer, der uns von Stufe zu Stufe zu immer größerer Sicherheit unseres Ernstes, zu immer höherem Takte, immer reinerer Gerechtigkeit leitet.

*

Zum Reformationsfest Lutherworte

Es soll nicht heißen, ich mag meine Ware so teuer geben wie ich kann oder will, sondern also: ich mag meine Ware so teuer geben wie ich soll oder wie recht und billig ist. Denn dein Verkaufen soll nicht ein Werk sein, das frei in deiner Macht steht, ohne alle Gesetz und Maß, als wärst du ein Gott, der niemand verbunden. Sondern weil dein Verkaufen ein Werk ist, das du gegen deinen Nächsten übest, soll es mit solchem Gesetz und Gewissen verfaßt sein, daß du es übest ohne Schaden und Nachteil deiner Nächsten und viel mehr Acht haben, daß du ihm nicht schadest, als wie du gewinnest. Luther.

Du sollst nicht meinen, daß das allein gefohlen heiße, wenn du deinem Nächsten das Seine ausfährst, sondern wenn du siehst deinen Nächsten Not, Hunger, Durst leiden, keine Herberge, Schuh und Kleider haben und hilfst ihm nicht, so stehst du gleich wohl, als wenn einer dem anderen Geld aus dem Beutel oder Kasten stehle; denn du bist ihm schuldig zu helfen in seiner Not. Denn deine Güter sind nicht dein: du bist allein ein Schaffner darüber gesetzt, und daß du sie austeilst denen, so es bedürfen. Luther.

*

Der Wettstreit der Konfessionen

Die Reformation der Kirche mußte einst mit dem teuren Preis der Spaltung bezahlt werden. Der Streit der Konfessionen hat über uns Deutsche das nationale Unglück des Dreißigjährigen Kriegs gebracht und erschwert noch heute mannigfaltig die Ausbreitung des Christentums in der weiten Welt und seine Segenswirkungen in unserem Volkstum. Aber dem Nebeneinander des Protestantismus und Katholizismus läßt sich auch eine andere Seite abgewinnen. Es kann und soll den Ansporn bilden zu einem fruchtbaren Wettbewerbs zwischen den beiden Formen des Christentums, in deren eine fast jeder von uns hineingeht. Alleinrecht und Alleinherrschaft führt so, wie wir Menschen nun einmal sind, im geistigen Leben nicht anders als im wirtschaftlichen und politischen, nur allzu leicht zum Stillstand. Auch im religiösen und kirchlichen Leben ist dagegen der Wettbewerb eine heilsame Erzieherin. Es ist doch wohl kein Zufall, daß unter allen nationalen Ausprägungen sowohl des Protestantismus als auch des Katholizismus die Ausprägung auf dem in konfessioneller Hinsicht so bewegten deutschen Sprachgebiet am lebendigsten und tiefgründigsten ist.

Wacht nur darüber, daß allen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewahrt bleibt und der Wettkampf der Konfessionen nicht mit unlauteren Mitteln, ungestrigen Waffen und gehässiger Geminnung ausgefochten wird! Jede Kirche grabe so tief als möglich im Schatz der göttlichen Offenbarung und bringe das Gold des Evangeliums so weit als möglich unter unser Volk; jede suche, so gut sie kann, auf ihre Art der Menschheit zu dienen, ihr Gemeindegliedern auszubauen, das Familienleben zu heiligen, die Jugend zu erziehen, den Bedrängten und Verlassenen zu helfen, das Volksgewissen zu wecken, die Volksgemeinschaft zu befestigen und allen zersetzenden Kräften entgegenzutreten. Den Gewinn von solchem edlen Wettstreit wird unser Volk haben, und bei der Sorge um sein Wohl und dem Kampf gegen seine Schäden ist auch schon manche Brücke von Kirche zu Kirche geschlagen worden. Je mehr die verschiedenen Kirchen entsprechend dem göttlichen Auftrag selbstlos den Menschen zu dienen suchen, desto mehr wird sich die eine wahre Kirche in ihnen allen offenbaren.

*

Feste und Veranstaltungen

1 und 1/2 Uhr Wettspiele des S.V. N. auf dem Sportplatz an der Calwerstraße.

1/2 Uhr Familienausflug des Arbeitergesangvereins „Frohinn“ nach Mödingen.

Dienstaussichten

Der Herr Staatspräsident hat den Stationskommandanten der Besoldungsgruppe VI A u. w. in Herrenberg zum Stationskommandanten in besonders wichtiger Stellung ernannt. Durch Entschliessung des Herrn Kirchenpräsidenten ist die Pfarrei Monatam, Def. Calw, dem Pfarverweiser Walter Kramer in Dettenhausen, Def. Tübingen übertragen worden.

*

Nochmals die Nagoldbahn

Wie an dieser Stelle ausführlich berichtet, fand am 30. September in Forzheim eine große Kundgebung für den Ausbau der Nagoldbahn statt. Nunmehr ist auch die Haltung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn gegenüber den von dieser Versammlung gefaßten Entschliessungen und Anträgen eingelaufen und, wie von Kennern der Einstellungs dieser Stelle schon vorher vermutet wurde, ablehnend ausgefallen. Der Bescheid lautet:

„Für den Ausbau der Nagoldbahn zu einer Nord-Süddurchgangslinie besteht zurzeit kein Betriebs- und Verkehrsbedürfnis; ebensowenig zur ganzjährigen Beibehaltung der D- und Eilzüge auf dieser Strecke. Wir bebauern daher, die alsbaldige (!!) Verwirklichung Ihrer Anregungen nicht in Aussicht stellen zu können. Eine zeitgemäße Erweiterung des Bahnhofes Göttingen ist nur mit Verchiebung der Bahnhofsanlagen nach Norden angängig. Dabei ergibt sich die Neueinführung der Freudenstadt-Hochdorfer Strecke in der Richtung nach Norden von selbst, sie entspricht zudem dem nach und von Stuttgart verlaufenen Hauptverkehr. Wenn später die Durchführung von Zügen der Nagoldbahn nach Süden sich als notwendig erweisen sollte, so könnte dazu die vorhandene Strecke Hochdorf-Göttingen (alter Bahnhof), die als Verbindungskurve erhalten bleiben kann, benützt werden.“

Diese Antwort war zu erwarten, wenn man sich von vornherein auf den nüchternen Standpunkt stellt, daß die Reichsbahn heute nicht mehr das ist, was sie früher war, eine Einrichtung, die in erster Linie den Verkehrsbedürfnissen u. U. auch ohne finanzielle Vorteile dient, sondern ein in erster Linie auf Gewinn gerichtete Unternehmen, wozu sie allerdings gezwungen ist. Für die Reichsbahnverwaltung wird nie ein Bedürfnis vorhanden sein, den Verkehr über eine längere Strecke zu leiten, die für je geringere Erträge abwirft. Aber der rein fiskalischen Interessen der Verwaltung stehen die viel wichtigeren volkswirtschaftlichen bedeutender Gebiete gegenüber (vergl. die lange vernachlässigte württ. Nord-Süd-Linie), und dem Druck weiter Volksteile werden auf die Dauer andersgerichtete Einstellungen nicht widerstehen können. Der natürliche Verkehrsweg läßt sich auf die Dauer durch amtliche Erzwungen nicht eindämmen; das wird die Zukunft weisen.

Ständchen

Der Ver. Lieder- und Sängerkreis brachte gestern Abend seinem langjährigen passiven Ausschußmitglied, Herrn Gernheim und Gemeinderat Christian Häußler zu seinem 60. Geburtstag ein schönes Ständchen mit den drei wohlgeklungenen Chören „Heilig“, „Es ist das Blümchen Liebe“ und „Heil'ge Nacht, o gieb' du“. Herr Häußler war auch schon viele Jahre aktiver Sänger und Ausschußmitglied im Sängerkreis.

Kraftfahrerkurs

Wie wir hören, hat die Württ. Landesfahrerschule G. m. b. H. in Stuttgart die Gebühren für ihre bekannten Kraftfahrerkurse über die Wintermonate wesentlich ermäßigt. Da der Andrang zu den Kursen während der kalteren Jahreszeit naturgemäß geringer ist, so ist gerade während dieser Zeit die Gewähr für eine sehr sorgfältige und gründliche Ausbildung in besonderem Maße gegeben. (s. Anzeige.)

Unsere „Feierstunden“

Wer von uns hat noch nicht ein Telephon in der Hand gehabt und wie wenige von uns benutzen es nicht täglich im geschäftlichen Leben? Doch werden sich die wenigsten schon einmal Gedanken darüber gemacht haben, welchem Kopf diese Erfindung entsprungen ist. Auf dem Titelblatt finden wir nun eine Abbildung des Denkmals, das dem Erfinder des Telephons, Reis, in Frankfurt erstellt wurde. — Der Name Kirchhoff läßt ruhmvolle Zeiten vor unserm Auge stehen, Zeiten in denen mutige Männer mit kleinen Schiffen das Brauen und der Schrecken einer großen feindlichen Marine waren. Gleich Kapitän v. Luckner macht heute Kapitän Kirchhoff eine Weltreise auf einem kleinen Segelboot, um mitzuhelfen, dem deutschen Namen wieder Weltgeltung zu verschaffen. „Am See Genareth“ ist eine wohl für alle interessante, durch Bilder ausgeschmückte Abhandlung. Ein Brutapparat, um 50000 Küken auf einmal auszubrüten, eine schwimmende Kantine, ein neuer Autotyp, Ausgrabungen aus der Bronzezeit, ein alter Kranen aus Osttrich im schönen Rheingau, um den geheimnisvolle Sagen gehen, sind u. a. die Bilder, die neben der textlichen Ausstattung den „Feierstunden“ ihr altgewohntes Bild geben.

*

Sternschnuppen. In den Nächten des 12. bis 17., namentlich aber vom 13. bis 15. November, zeigen sich viele Sternschnuppen. Sie strahlen aus dem Sternbild des Löwen aus, das nach Mitternacht im Osten aufgeht, und gehören dem periodischen Schwarm der Leoniden an. Ebenso treten am 27. November mehr Sternschnuppen auf als sonst; ihr Ausstrahlungspunkt liegt im Sternbild der Andromeda, abends hoch im Süden.

Die Kriminalität in Württemberg im Jahr 1926. Wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze wurden nach den Mitteilungen des Württ. Stat. Landesamts in Württemberg im Jahr 1926 angeklagt insgesamt 34 526 (gegenüber 34 434 im Jahr 1925), verurteilt 29 084 (29 618) Personen. Darunter waren weibliche 4031 (4270). Von sämtlichen Angeklagten wurden freigesprochen 4750, gleich 13,8 Proz. (4268, gleich 12,4 Proz.). Auf Einstellung des Verfahrens wurde erkannt in 605 gl. 2 Proz. (548 gl. 1,6 Proz.) aller Fälle. Unter den Angeklagten waren Jugendliche (3. Zt. der Tat 14 bis unter 18 Jahre alt) 1500 (1496), darunter weiblich 197 (225). Das Urteil lautete bei den 29 081 (29 618) Beurteilten auf folgende Strafen: Todesstrafe 4 (2), zeitiges Zuchthaus 216 (276), Gefängnis bis zu 1 Jahr 7062 (7198), Gefängnis über 1 Jahr 464 (510), Festungshaft 0 (1), Haft oder Arrest 98 (98), Geldstrafe 21 212 (21 535). Auffallend ist die relative Stabilität sehr vieler Zahlen, vor allem der Gesamtsumme. Im einzelnen wurden im Jahr 1926 verurteilt wegen Verletzung der Eidspflicht 77, wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit 767, wegen Beleidigung 2834, wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Leben 645, darunter Abtreibung 552, wegen Körperverletzung 3249, wegen Diebstahls 3354, wegen Raub und Erpressung 74, wegen Betrug und Untreue 2561, wegen Brandstiftung 174, wegen Nahrungsmittelfälschung 544, wegen Zuwiderhandlung gegen das Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen 2866.